

Privatgeräte-Nutzung vom KuMi vorausgesetzt

Beitrag von „O. Meier“ vom 29. März 2024 11:35

Zitat von Flupp

1. sich das Land mal wieder im Zuständigkeitswirrwarr zwischen Dienstherr und Schulträger etwas neues überlegt hat.

So wirr finde ich die Situation nicht. Wenn das Land eine Lernplattform betreibt, muss es auch dafür sorgen, dass diese verwendbar ist. Das Land betreibt wohl auch die Server und zahlt dafür? Oder? Oder schickt es den Kommunen Rechnungen, weil es sich um „sachliche Ausstattung der Schulen“ handelt?

Wenn in den Schulen dafür Geräte gebraucht werden, muss das Land sich darum kümmern, dass diese vorhanden sind. Indem es sie hinstellt, indem es Absprachen mit den Kommunen trifft oder gesetzliche Regelungen beschließt. Ein Land kann ja auch den Kommunen die Kosten für Bücher und Fahrkarten aufs Auge drücken.

Das Land kann also nicht auf die Schulträgerin verweisen, die Antwort müsste lauten „wir haben mit den Schulträgerinnen blablabla abgesprochen ...“. Oder: „Wir bitten um Entschuldigung, ihr Token ist unterwegs“.

Kein wirr, kein warr, nur Fehler.